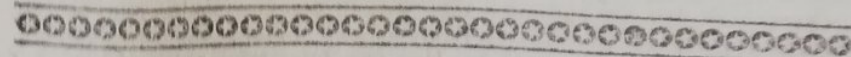


Front, Rückzug der Polen in der ganzen Breite der Front.
Englische Arbeiter nach Danzig zur Lösung der
Munitionstransporte für Polen?
Die Unruhen in der Provinz Posen.
Reichsernährungsminister Dr. Hermes zum preussischen
Staatskommissar für Volksernährung ernannt.
Dorfen wieder in Wiesbaden eingetroffen.
Warnung des Reichswehrministeriums gegen
Werber von Truppen für und gegen den Bolschewismus.
Ein Mitglied der Deutschen Volkspartei in Mecklen-
burg-Schwerin zum Ministerpräsidenten gewählt.
Voranschläge Witterung: Veränderlich.



Die Abstimmungsgebiete bleiben deutsch.

Das Schicksal des rechten Weichselufers noch ungewiß.

Paris, 28. Juli. (W. T. B.) Die Völkervereinigungskonferenz
hatte heute die Note fest, durch die später der deutschen und polnischen Re-
gierung die Beschlüsse über die Abstimmungsgebiete
Allenstein und Marienwerder mitgeteilt werden sollen. Nach
dem „Temps“ ist beschlossen worden, gemäß der Volksabstimmung die bei-
den Bezirke Deutschland zuzusprechen, jedoch soll die
Grenzfestsetzungskommission die Befugnis erhalten, auf dem
rechten Weichselufer die Bestimmungen des Friedensvertrages, der
Polen die Kontrolle über den Weichselfluß zuspricht, zur
Geltung zu bringen.

Schneller als erwartet wurde, ist die Entscheidung des Obersten Rates
über die ost- und westpreussischen Abstimmungsgebiete gefallen und zwar so,
wie sie nach dem Ergebnis der Volksabstimmung ausfallen mußte, wenn
anders nicht brutale Gewalt über das gute Recht triumphieren sollte: Die
Abstimmungsgebiete bleiben deutsch. Nicht als ein Geschenk
von der Gunst der Alliierten nimmt Deutschland diese Bezirke wieder an sich,
sondern als altes unveräußerliches Eigentum, das durch fremde Habgier und
Willkür bedroht war. Mit tiefem Dank wird das ganze deutsche Volk auch
bei dieser Gelegenheit der tapferen Grenzbevölkerung gedenken, die ihm ein
so schönes Vorbild der Treue und der Einigkeit gegeben hat. In die Freude
aber mischt sich eine bange Sorge. Das Schicksal des östlichen
Weichselufers ist noch ungewiß. Es ist der Grenzfestsetzungskommission
in die Hand gegeben, die die Bestimmungen des Friedensvertrages, der
die Kontrolle über die Weichsel den Polen zuspricht, zur Geltung bringen soll. Ob-
gleich der mehrere Dörfer umschließende Uferstreifen also nicht, wie nach Pariser
Zeitungsmeldungen zu befürchten war, kategorisch den Polen zugesprochen
worden ist, und obgleich das Kontrollrecht auch ohne Besitzrecht ausgeübt wer-
den kann, ist doch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß eine Entscheidung ge-
fällt wird, die von deutscher Seite mit Fug und Recht als eine Vergewaltig-
ung angesehen werden muß, um so mehr, als durch die Ueberweisung des
Uferstreifens Ostpreußen des ihm im Friedensvertrage zugesicherten freien
Zuganges zur Weichsel beraubt würde. Aus nationalen und wirtschaftlichen
Gründen muß deshalb auch weiter mit aller Entschiedenheit gegen eine Ab-
lösung des Weichselufers protestiert werden, und es ist zu wünschen,
daß unsere Notrufe auch im Reiche lauten Widerhall werden.

Rt.

lautet: D
falls e
dern aber
das, was
aus Paris
das einf
Dor
Aufhebe
des Reichs

Ber
von den
Sozial
Stimmen

Sch.
baktion.)
tungen, da
schlußfähige
den Interne
am Freitag
um 10 Uhr
geleitet und

Sch.
Redaktion.)
ausführ
wurde der
vertretenden
Abgeordneten
abhängige) i

Berlin
Reichssta
Waffenei
genommen

Sch.
baktion.) De
wurde eines
zweiter Besu
ordnung zur
Dieß soll die
mittlung von
nach der Gef
meinden den
Wirtscha
Ministerialdi
Preußens und
des Reichs
Konnen Marx
von bayerische
eine Folge de
legung sei.
eine Stimme

Berlin.
dem Reichs
urteilung
Inkass
steht. Ferner
gerichteten
Sinne der De